



Vertuschung

In die NSU-Morde waren staatliche Stellen verstrickt. Bundesanwaltschaft und Gerichtssenat erklärten diesen Skandal während des Prozesses in München für irrelevant. Aus dem Schlussvortrag eines Nebenklagevertreters. Von Alexander Kienzle

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DIENSTAG, 12. DEZEMBER 2017 · NR. 288 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Unendliche Geschichte

Honduras: Auch zwei Wochen nach der Präsidentschaftswahl gibt es noch keinen offiziellen Sieger

3

Archaische Kämpfer

Der Bürger in Uniform ist out. Auslandseinsätze führen zu neuer »Binnenkultur« in Bundeswehr

4

Strahlende Zukunft

Großbritannien will etliche neue AKW bauen. Endlagerfrage steht kommendes Jahr auf der Agenda

9

Geplante Eskalation

Konzerne provozieren: Bei Metall-Tarifverhandlungen stellen Unternehmen Gegenforderungen

15



Europäische Kriegsunion

25 EU-Staaten nicken Militärkooperation Pesco ab. Ziel sind Rüstungsprojekte und gemeinsame Einsätze. Bundeswehr führend beteiligt. Von Jörg Kronauer

Zusammen unter Eisernem Kreuz: Deutsche, französische und niederländische Soldaten während der Großübung »Red Griffin/Colibri 50« (Mai 2017)

Die EU-Außenminister haben am Montag den offiziellen Startschuss für den Aufbau der europäischen Militärunion gegeben. Bei ihrem Treffen in Brüssel stimmten sie den ersten 17 konkreten Projekten zu, mit denen EU-weit einheitliche Streitkräftestrukturen aufgebaut werden sollen. Das Vorhaben, das formell »Ständige Strukturierte Zusammenarbeit« (Permanent Structured Cooperation, Pesco) genannt wird, läuft darauf hinaus, durch das Zusammenfügen militärischer Elemente in einzelnen Projekten gleichsam nach dem Baukastenprinzip letztlich einer EU-Armee möglichst nahezukommen. Das Vorhaben war bereits am 13. November öffentlich verkündet worden. Jetzt ist es in aller Form beschlossen. An Pesco beteiligen sich 25 EU-Staaten. Nur Dänemark, dem 1992 nach dem »Nein« seiner Bevölkerung zum Maastricht-Vertrag ein Opt-out auch in der EU-Militär-

politik eingeräumt wurde, und Malta verweigern sich. Großbritannien, das in der Vergangenheit den Aufbau einer EU-Armee stets verhindert hatte, tritt ohnehin aus der Union aus.

Die neue Militärkooperation hat ab sofort Folgen. So haben sich die teilnehmenden Staaten schriftlich verpflichtet, ihre Wehretats »regelmäßig« zu erhöhen, und zwar »in realen Werten«, also inflationsbereinigt. 20 Prozent davon müssen sie mittelfristig für neue Rüstungsprojekte ausgeben, zwei Prozent für die Rüstungsforschung. Zudem müssen sie künftig »substantielle Unterstützung« für EU-Einsätze leisten – mit Personal, Material, Ausbildung, Infrastruktur »und Sonstigem«, heißt es in den Pesco-Vereinbarungen. Darüber hinaus sollen mehr Geld als bisher für militärische Operationen zur Verfügung gestellt und beschleunigte »nationale Entscheidungsprozesse« über die EU-Interventionen etabliert werden.

Die Bundeswehr nimmt führend am Aufbau der Militärunion teil. Schon seit einigen Jahren ist sie dabei, den »europäischen Pfeiler« der NATO durch eine Verflechtung der Streitkräfte in Europa zu stärken. Experten weisen darauf hin, dass dies formal auf binationaler Ebene geschieht. Die verflochtenen Truppenteile können also jederzeit auch unter EU-Flagge eingesetzt werden. Zudem wird die Bundeswehr vier der zunächst 17 Pesco-Projekte führen, die gestern in Brüssel abgeknickt wurden. So organisiert sie den Aufbau eines EU-Sanitärkommandos, das die für jeden Militäreinsatz unverzichtbare medizinische Infrastruktur optimieren soll. Außerdem leitet sie die Errichtung von Logistik-Drehscheiben, die helfen sollen, EU-Truppen und ihren Nachschub schnellstmöglich in die Einsatzgebiete zu verlegen. In Verbindung damit wird sie sich um die Transportwege sowie um die Bereitstellung der notwendigen

Transportmittel kümmern. Darüber hinaus koordiniert sie die Gründung eines »Kompetenzzentrums«, in dem EU-Militärberater ausgebildet werden sollen. Das vierte Projekt, das die Bundeswehr leitet, ist die Einrichtung einer »Krisenreaktionsinitiative« (Crisis Response Operation Core, CROC). Sie soll Bedrohungsanalysen erstellen und die für Einsätze benötigten Truppen identifizieren.

Im deutschen Politik-Establishment wird Pesco im Allgemeinen gelobt, zuweilen aber auch als unzureichend bezeichnet. Im Berliner Büro der Denkfabrik European Council on Foreign Relations etwa heißt es, das Vorhaben sei ein »impotenter Gorilla«. Scharfe Kritik kommt von der Linkspartei. »Frieden und Sicherheit lassen sich nicht durch massive Aufrüstung und neue Militärtechnologie erreichen«, erklärt der Europaexperte der Linksfaktion im Bundestag, Andrej Hunko.

Russland zieht Truppen aus Syrien ab



Moskau. Russlands Präsident Wladimir Putin (Foto) hat den Beginn des Abzugs eines großen Teils der Streitkräfte seines Landes aus Syrien befohlen. Bei einem Besuch des russischen Luftwaffenstützpunkts Hmeimim in der syrischen Provinz Latakia sagte Putin am Montag, die russischen und syrischen Soldaten hätten eine der machtvollsten Gruppen des internationalen Terrorismus in etwas mehr als zwei Jahren vernichtet. Sowohl der Stützpunkt Hmeimim als auch die Marinebasis Tartus würden jedoch beibehalten. In einem Gespräch mit dem syrischen Präsidenten Baschar Al-Assad während des Besuchs kündigte Putin nach Berichten russischer Nachrichtenagenturen an, er werde mit dem Iran und der Türkei daran arbeiten, einen politischen Friedensprozess in Gang zu bringen. (Reuters/W)

De Maizièere kritisiert Kirchenasyl



Berlin. Der geschäftsführende BRD-Innenminister Thomas de Maizière (CDU/Foto) hat das Kirchenasyl kritisiert. Die Zahlen seien »höher als erwartet«, sagte er den Zeitungen des Funke-Konzerns (Montagausgaben). Zwischen August 2016 und Oktober 2017 seien dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 1.690 Fälle von Kirchenasyl für 2.225 Personen gemeldet worden. Ein Fall kann demnach mehrere Menschen umfassen, unter anderem eine Familie. De Maizière sagte, das Kirchenasyl müsse, »wenn überhaupt, immer ein allerletztes Mittel« sein. Es werde demnach zu häufig angewendet. Zudem seien die Behörden nicht in allen Fällen informiert worden. (dpa/AFP/JW)

Begrenzte Planbarkeit

Vor allem Beschäftigte unter 35 Jahren werden nur befristet eingestellt. Anteil deutlich gestiegen

Planbarkeit und Sicherheit sind, auch und gerade für junge Menschen, im Berufsleben wichtig. Die Realität sieht für etliche aber anders aus: Der Anteil derjenigen abhängig Beschäftigten, die lediglich einen befristeten Vertrag haben, ist deutlich angestiegen. Besonders stark ist dies in der Altersgruppe der 25- bis 34-jährigen der Fall. Waren in dieser Altersgruppe im Jahr 1991 noch 8,4 Prozent der Beschäftigten nur auf Zeit eingestellt, lag ihr Anteil im vergangenen Jahr bereits bei 18,1 Prozent. In absoluten Zahlen bedeutet das fast

eine Verdopplung von 756.000 auf 1.446.000 Personen. Dies geht aus der Antwort des Statistischen Bundesamtes auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Sabine Zimmermann (Die Linke) hervor, über die am Montag zuerst der Deutschlandfunk berichtete.

Zimmermann forderte, der »Befristungssinn« müsse gestoppt werden. »Gerade bei jüngeren Menschen sorgen Befristungen dafür, dass sie elementare Dinge des Lebens nicht planen können, wie etwa eine Familiengründung«, so die Linke-Politikerin.

Allgemein stieg bei den über 25-jährigen der Anteil der mit Zeitvertrag Beschäftigten von 5,9 im Jahr 1991 auf 8,5 Prozent 2016, also von 1.612.000 Personen auf 2.818.000. Die Statistik ist allerdings nur bedingt aussagekräftig: Daten zu abhängig Beschäftigten unter 25 Jahren werden bei der Berechnung der Befristungsquote nicht berücksichtigt. Gerade in dieser Phase sind befristete Arbeitsverträge allerdings weit verbreitet.

In der Altersgruppe von 35 bis 44 Jahren stieg der Anteil im Vergleichszeitraum von fünf auf 7,8 Prozent an. Bei

den 55- bis 64-jährigen sank der Wert leicht von 4,4 auf 3,8 Prozent, was aber dennoch einen Anstieg von 127.000 Personen auf 254.000 bedeutet.

Zimmermann machte noch auf ein weiteres Problem aufmerksam: »Befristungen sind zudem grundsätzlich ein Instrument zur Disziplinierung der Beschäftigten und zur Spaltung der Belegschaft.« Sie forderte die neue Bundesregierung auf, zumindest die Möglichkeit der sogenannten sachgrundlosen Befristung abzuschaffen und solche mit einem Sachgrund einzuschränken.

Claudia Wrobel

jW wird herausgegeben von 2.084 Genossinnen und Genossen (Stand 1.12.2017)
 www.jungewelt.de/lpg

